

# Twittern, golfen, Nordkorea drohen

**USA** Donald Trump heizt den Konflikt mit Pjöngjang weiter an. Seine Berater bemühen die Diplomatie – mit geringem Erfolg

■ Konrad Ege

Offenbar haben die Kontrahenten die Rhetorik etwas gemäßigert. Beruhigen sollte eine Bemerkung von Sicherheitsberater Herbert R. McMaster vom Wochenende: Man sei einem „Krieg nicht näher als vor einer Woche, doch näher als vor einem Jahrzehnt“. Dazu kam ein Statement von CIA-Direktor Mike Pompeo, „ein Angriff auf Nordkorea, das ist nichts unmittelbar Bevorstehendes“. Es liegt eine gefühlte tagespolitische Ewigkeit zurück, dass Präsident Trump Mitte Mai in den *Bloomberg News* unter den „richtigen Bedingungen“, wie es hieß, ein Treffen mit Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un in Aussicht stellte. Er würde sich „gehört fühlen“, sagte Trump. Drei Monate später wurden nukleare Drohungen ausgetauscht.

Bei der Invasion im Irak vom März 2003 galt die Parole: „Shock and Awe“ (Schock und Entsetzen) durch überwältigende Angriffe. Aus Sicht der US-Militärführung hat das anfangs funktioniert, allerdings wurde daraus ein Krieg ohne Ende, den Donald Trump nicht unterstützt haben will. Jetzt poltert er von „Fire and Fury“ (Feuer und Wut) gegen Nordkorea und spielt Golf wie die großen Feldherren. Keine Frage, dem Präsidenten kommt die „Alle Augen sind auf mich gerichtet“-Anspannung gelegen. Zu unbequem sind die Nachrichten von Russland-Sonderermittler Robert Mueller, der kürzlich im Morgengrauen die Wohnung von Trumps früherem Wahlkampfmanager Paul Manafort durchsuchen ließ. Auch gab es für den Präsidenten viel negative Presse nach dem Rassistenaufmarsch in der Universitätsstadt Charlottesville mit drei Toten. Ein rechtsextremer Fanatiker raste in eine Gegendemonstration und tötete eine Frau. Zwei Polizisten starben beim Absturz ihres Hubschraubers.

## Millionen Tote damals

Trump wollte sich anfangs nicht eindeutig von Blut- und Boden-Neonazis sowie Ku-Klux-Klan-Anhängern distanzieren. Er sprach von Gewalt, die „von vielen Seiten“ ausgegangen sei, und änderte seine Optik erst, als zusehends Unmut in der eigenen republikanischen Partei aufkam.

Am Tag nach Charlottesville publizierte Trumps Wiederwahlkampagne den ersten Spot. Die Aussage: „Feinde“ – darunter die Medien wie die Demokraten – legten Trump Steine in den Weg. Dabei sollten die Amerikaner ihn doch machen lassen. Mehr

Menschen hätten Jobs, die Aktienkurse seien auf Rekordniveau, die Streitkräfte so stark wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dabei ist das Nordkorea-Dilemma nicht nur Trumps Twitterfinger und Kim Jong-uns Drohgebärden zu verdanken. Die Ursachen wurzeln tief. Anstatt über den Ausgang der bisher nur verbalen Crashes zu spekulieren, sollte man Geschichte lesen und verstehen. In der Demokratischen Volksrepublik Korea regiert seit dem Krieg zwischen Nord und Süd (1950–1953), in dem Amerika auf der Seite des Südens, China auf der des Nordens stand, ein repressives Regime. Es versucht, den inneren Zusammenhalt zu stärken, indem es auf den großen Feind verweist. Kernwaffen sollen das Land unangreifbar machen.

Umso mehr sei es gerade jetzt an der Zeit, sich der Vergangenheit zu erinnern, mahnt der US-Historiker Bruce Cumings im britischen *Guardian*. Vor 64 Jahren seien die Nordkoreaner nach dem Krieg, „wie aus einem realen Albtraum aufgewacht – nach drei Jahren ‚Niederschlag und Zerstörung‘ durch die US-Luftwaffe“. Die Air Force hätte Pjöngjang dem Erdboden gleichgemacht. Überhaupt seien Nordkoreas Städte schwerer getroffen worden als die deutschen und japanischen im Zweiten Weltkrieg. Millionen Menschen kamen um. Noch mal: Millionen kamen um.

## Auch diese Krise hat mit Leaks bei einigen US-Diensten zu tun

Ende Februar 1983 waren drei Viertel der US-Fernsehgeräte am Abend auf den Sender CBS geschaltet. Es lief die letzte Episode der beliebten Serie *M.A.S.H.*, ein unwahrscheinlicher Hit. Ort der Handlung war ein Feldlazarett der Army im Koreakrieg. Elf Jahre lang war bis dahin eine düstere Fabel erzählt worden, in der Ärzte wie Hawkeye Pierce und B.J. Hunnicutt die Verwundeten eines Krieges zusammenflickten, den sie als sinnlos erlebten. Selbst der Militärpfarrer konnte nicht viel helfen.

Solche und andere Erinnerungen an den Koreakrieg, bei dem 37.000 GIs ums Leben kamen (viele schlecht vorbereitet nach der Verlegung aus dem Bestand der Besatzungsarmee in Japan), bleiben kompliziert und sind nicht willkommen. Am westlichen Ende der Museumsmeile in Washington stößt der Besucher auf 19 überlebensgroße graue Skulpturen von US-Sol-



Optisches Patt an der Waffenstillstandslinie von Panmunjeom

daten, Helme auf, ausgerüstet mit Maschinengewehr und Waffen der Infanterie. Die stählernen Figuren sehen nicht wie Sieger aus, Erschöpfung steht in ihren Gesichtern. Dieses Monument zum Koreakrieg wurde am 27. Juli 1995 eröffnet, dem 42. Jahrestag eines endgültigen Waffenstillstands. Aus dem Abkommen über die Feuerpause wurde nie ein Friedensvertrag. Bis heute sind gut 28.000 US-Soldaten in Südkorea stationiert.

Viele US-Politiker widersetzen sich der Lesart, der Krieg sei damals mit einem militärischen Patt zu Ende gegangen. „Das war kein Unentschieden, das war ein Sieg“, gab sich Barack Obama während seiner Präsidentschaft überzeugt. 50 Millionen Südkoreaner lebten seither in Freiheit. 2013, nach einem militärischen Zusammenstoß zwischen Nord und Süd, habe Obama Bombenattrappen auf Inseln vor der südkoreanischen Küste werfen lassen, so

der Historiker Bruce Cumings. Zugleich seien die eingesetzten Langstreckenbomber atomwaffenfähig gewesen. Die USA und Nordkorea seien nur Inches entfernt gewesen von einem Krieg, sagte laut Cumings Obamas Verteidigungsminister Leon Panetta später.

## Nordkorea habe im Ernstfall keine Chance, befindet der zuständige Minister

Nordkoreas Rüstung, insbesondere die Atomwaffen, Mittel- und Langstreckenraketen, ist für das Establishment der USA über die Parteigrenzen hinweg nicht hinnehmbar. Dies gilt erst recht, seit das Kim-Regime bei Interkontinentalwaffen schneller vorankommt, als von den US-Geheimdiensten erwartet. Trump mag sich noch so sehr beklagen über das Durchsickern von Informationen an die Medien, auch die jetzige Krise gründet sich nicht zuletzt auf Leaks. Laut *Washington Post* verfügt Nordkorea nach den Angaben der Defense Intelligence Agency über passende Atomsprengköpfe für Langstreckenraketen und habe damit eine „entscheidende Schwelle auf dem Weg zur vollen Nuklearmacht überschritten“. Es müsse von einem Arsenal mit bis zu 60 Kernwaffen ausgegangen werden.

Nachprüfbar sind diese Daten nicht. Zudem bleibt unklar, mit welchen Absichten sie lanciert wurden. Um den Präsidenten unter Handlungsdruck zu setzen? Grundsätzlich ist der Nationale Sicherheitsrat bei Korea auf Trump-Kurs. Der Präsident werde es nicht zulassen, dass Nordkorea die USA bedrohen kann, sagte McMaster. „Wir müssen ihm alle Handlungsvarianten anbieten, und dazu zählt die militärische Option.“ Welche Folgen das haben wird, bleibt ungewiss. Es sei hinreichend bekannt, dass mit einem Krieg in Korea eine Tragödie heraufbeschoren wäre, äußerte sich Verteidigungsminister James Mattis vor wenigen Tagen. Nordkorea habe im Kriegsfall keine Chance. Die USA und ihre Verbündeten hätten die „präzisesten, eingüßtesten und robustesten defensiven und offensiven Kapazitäten auf Erden“.

Angeblich stehen bei Mattis Regale voller Geschichtsbücher. *Foreignpolicy.com* fragte ihn kürzlich nach den für ihn wichtigsten. Mattis nannte *The Guns of August* (deutsch: *August 1914*) von Barbara Tuchman. Darin geht es um Fehlerleile kurz vor dem Ersten Weltkrieg.

## Zurück zur Sonnenscheinpolitik

**Koexistenz** Süd- und Nordkorea sollten sich auf eine Diplomatie der Entspannung besinnen. Bis 2008 gab es diese in Ansätzen

■ Rainer Werning

Einst war Südkoreas jetziger Präsident Moon Jae-in als Berater des Staatschefs Roh Moo-hyun (im Amt 2003–2008) maßgeblich an der „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber dem Norden beteiligt. Daher überraschte es kaum, als Moon gleich nach seinem Amtsantritt im März einen Dialog mit dem Norden anbot. Wie das geschah, erschien spektakulär. Zwar wurde das folgende Junktim nie offiziell verkündet, immerhin aber als „Idee“ von Beratern kolportiert: Sollte Pjöngjang bei seinem Nuklearprogramm einlenken und auf weitere Tests verzichten, wolle Seoul die Zahl gemeinsamer Manöver mit der US-Armee herunterfahren. Auch werde man sich dafür einsetzen, dass weniger strategische Waffen der Amerikaner auf südkoreanischem Territorium stationiert seien.

Zugleich setzte Moon auf den Sport, um Reste der verschütteten innerkoreanischen Diplomatie zu bergen. Warum, fragte er, sollten die beiden koreanischen Staaten bei den anstehenden Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang kein gemeinsa-

mes Team bilden? Er bekam zwar einen Korb aus Pjöngjang, doch schien sein Vorstoß geeignet, an eine Politik zu erinnern, die vor nicht allzu langer Zeit das Verhältnis zwischen Nord und Süd entkrampft hatte.

Zwischen 1998 und 2008 sollte die von Seoul verfolgte „Sonnenscheinpolitik“ zur friedlichen Koexistenz der Gegensätze führen und die selbsterklärte Schutzmacht USA von einer innerkoreanischen Verständigung überzeugen. So konnte die nordkoreanische Führung unter Staatschef Kim Jong-il am 13. Juni 2000 als Gastgeber des ersten Korea-Gipfels einen geschichts-trächtigen Moment auskosten. Der Südkoreaner Kim Dae-jung kam als Präsident nach Pjöngjang und war zu Handschlag und Gesprächen auf Augenhöhe bereit. Vereinbart wurde eine Nord-Süd-Deklaration, die neben Familienzusammenführungen mehr Kooperation in Kultur, Handel und Wirtschaft vorsah. Womit unter anderem der Aufbau des im äußersten Süden Nordkoreas angesiedelten Gaeseong Industrial Complex (GIC) gemeint war.

Möglich geworden war dieser Gipfel nach dem Amtsantritt Kim Dae-jungs im Februar 1998, als er mit seiner ersten Regierungser-

klärung eine Annäherung gegenüber dem Norden verkündete und von „Wandel durch Handel“ sprach. Dabei bezog sich Kim ausdrücklich auf Willy Brandts einstige „Ostpolitik“, wengleich er Nord- und Südkorea nie mit den beiden deutschen Staaten vergleichen, schon gar nicht auf das Muster der Wiedervereinigung von 1990 zurückgreifen wollte. Die Nord-Süd-Entspannung fand international Respekt und Beifall, so dass dem südkoreanischen Präsidenten im Dezember 2000 der Friedensnobelpreis verliehen wurde.

### „Achse des Bösen“

Als im Juni 2003 der dritte Jahrestag der Nord-Süd-Deklaration begangen wurde, erklärte Kim Dae-jung unumwunden, dass sich nordkoreanische Nuklearwaffen – sollte Pjöngjang darüber verfügen – im Vergleich zum US-Kernwaffenarsenal nachgerade wie Spielzeuge ausnahmen. Man sollte sich dessen bei jeder Bewertung bewusst sein. Mitte Juni 2005 reisten anlässlich des fünften Jahrestages für den ersten innerkoreanischen Gipfel noch einmal über 300 südkoreanische Gäste in den Norden, um

dort mehrere Tage lang gemeinsam dieses Ereignisses zu gedenken. Doch geriet, was im Sommer 2000 als verhaltene Normalisierung auf der koreanischen Halbinsel begonnen hatte, unmittelbar nach der Amtsübernahme des republikanischen Präsidenten George W. Bush Anfang 2001 aus den Fugen. Der nannte Nordkorea am 7. März 2001 unvermittelt einen „Bedrohungs faktor in Ostasien“. Gespräche, Sicherheitsgarantien und vereinbarte Wirtschaftshilfen würden bis zur kompletten Neuordnung der US-Asienpolitik ausgesetzt. In der gleichen Rede kanzelte Bush die „Sonnenscheinpolitik“ als „naiv“ ab, um Nordkorea schließlich Anfang 2002 neben dem Iran und Irak auf einer „Achse des Bösen“ zu verorten.

Um trotz gezielter Störattaken der USA das Momentum der „Sonnenscheinpolitik“ zu wahren, kam es Anfang Oktober 2007 zu einem zweiten Nord-Süd-Gipfel, wiederum in Pjöngjang. Präsident Roh Moo-hyun war dabei auf eine symbolische Geste bedacht, indem er am 2. Oktober zu Fuß die Grenze am 38. Breitengrad überquerte, die bis heute als militärische Demarkationslinie Nord- und Südkorea trennt – erst danach traf er sich mit dem nordkoreanischen Parteichef

Kim Jong-il. Man einigte sich auf eine Erklärung, in der zu Frieden, Wohlstand und Wirtschaftskooperation auf der Halbinsel aufgerufen wurde. Darin war gleichfalls von einem Abbau des nordkoreanischen Atomprogramms sowie einer Friedenszone im Gelben Meer die Rede, um zu vermeiden, dass die in jenem Gewässer umstrittene Grenze zwischen beiden Ländern zum offenen Konflikt führen könnte.

Was im Augenblick gebraucht würde, wäre die Besinnung auf die Vorteile des direkten Kontakts zwischen Nord und Süd statt sich auftürmender Drohkulissen. Die Krux bei alledem hat Donald P. Gregg, US-Botschafter in Seoul zwischen 1989 und 1993, vor Jahren mit Blick auf die Nordkorea-Politik aller US-Regierungen seit Ende des Koreakrieges 1953 so resümiert: Der Fall Nordkorea zeuge von der längsten „failure of US intelligence“. In Washington habe man „keine konsistente Nordkorea-Politik, sondern nur eine Haltung dem Land gegenüber – nämlich Hass“.

Rainer Werning ist Koautor des Buches *Korea Von der Kolonie zum geteilten Land* (2012)